

Zeitschrift:	Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Soziologie
Band:	12 (1986)
Heft:	1
Artikel:	Zu reich fuer alternative Entwicklungsstrategien : das Dilemma der Dritten Welt
Autor:	Elsenhans, Hartmut
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-815017

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZU REICH FUER ALTERNATIVE ENTWICKLUNGS- STRATEGIEN - DAS DILEMMA DER DRITTEN WELT

Hartmut Elsenhans

Universität Konstanz, Fachgruppe Politik- Verwaltungs-
wissenschaft, Universitätsstrasse 10, D - 7750 Konstanz

Die Armut in der Dritten Welt ist inzwischen weltbekannt. Beispiele brauchen hier nicht genannt zu werden. Ein Beitrag, der dieses Elend auf den Reichtum der Dritten Welt zurückführt, läuft Gefahr, als blosse Provokation unbeachtet zu bleiben. Es geht mir aber nicht um Provokation. Ich will nur zeigen, dass über die Aussenwirtschaft vermittelter kurzfristiger Reichtum, wie gute Rohstoffpreise oder mehr Entwicklungshilfe, in unterentwickelten Ländern die wirtschaftlichen Daten so setzen kann, dass ohne den politischen Willen zur Ueberwindung von Unterentwicklung gerade relativer Reichtum Unterentwicklung vertieft.

Mein Beitrag beschäftigt sich mit dem Dilemma, dass Hilfe Anstrengungen in Schlüsselbereichen der wirtschaftlichen Entwicklung entmutigt, und mehr Eigenständigkeit in den Ländern der Dritten Welt erst erzwungen wird, wenn sich ihre Deviseneinnahmen verschlechtern. Hier lassen sich einige Widersprüche der Entwicklungstheorie so offenlegen, dass Perspektiven für eine alternative Praxis aufgezeigt werden können, die ich aber nicht ausführen werde (Elsenhans, 1982a, 152-182, 1984).

1. Was ist technischer Fortschritt und wie wird er übertragen ?

Aller technischer Fortschritt besteht in der Umsetzung neuen Wissens in die Herstellung von Maschinen zur Produktion von marktfähigen Produkten. Ein neu entdeckter Werkstoff kann wirtschaftlich eingesetzt werden, wenn Maschinen zu seiner Herstellung und zu seiner Weiterverarbeitung entwickelt worden sind.

Produktivitätssteigerungen haben ihren Ursprung in der Herstellung besserer Maschinen. Würden die besseren Maschinen um das Ausmass ihrer besseren Leistung auch teurer sein, gäbe es keinen technischen Fortschritt im wirtschaftlichen Sinn. Bessere Maschinen sind gekennzeichnet durch ein besseres Verhältnis zwischen ihrer Leistung und ihren Kosten. Solange ein Maschinenproduzent das Monopol für eine Neuerung hat, kann er sein Modell verkaufen, wenn der Preis geringfügig unter der Summe des Preises für die alte Maschine, der Ersparnis an Arbeitskosten, der Ersparnis an Materialkosten und des möglichen

höheren Erlöses aufgrund grösserer Mengen oder besserer Qualität des Produkts liegt. Die Konkurrenz wird ihn aber zwingen, seinen Preis auf seine Produktionskosten zu senken - einschliesslich der durchschnittlichen Verzinsung des eingesetzten Kapitals und der Kosten seiner weiteren Forschung (zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit - kein Konkurrent kann auf diese Kosten verzichten).

Die Verbilligung der Maschine führt beim Anwender der Technologie, der keine eigene Entdeckung gemacht hat, zur Steigerung der Produktivität. Die Steigerung der Produktivität kann je nach den besonderen Vorteilen der neuen Technologie in der Steigerung der Arbeitsproduktivität oder in der Steigerung von Arbeits- und Kapitalproduktivität liegen. Es reicht, dass das Verhältnis zwischen Gesamtkosten und Gesamtwertschöpfung sinkt.

Technischer Fortschritt wird in der Maschinenproduktion erzielt und auf die übrigen Wirtschaftssektoren übertragen. Die Anwender von Technologie verzeichnen Produktivitätsfortschritte ohne am technischen Fortschritt beteiligt zu sein. Kenntnisse über die Weiterentwicklung von Maschinen hat nur der Maschinenproduzent erworben.

Wenn der technische Fortschritt auf die Maschinenproduktion zurückzuführen ist, und in der gesamten Wirtschaft die Produktivität steigt, dann ergibt sich weiter : Die Reallöhne wachsen in kapitalistischen Wirtschaften ungefähr parallel zur durchschnittlichen Steigerung der Produktivität. Die Erzeugnisse der Maschinenproduzenten sind um einen höheren Betrag als die durchschnittlichen Produktivitätssteigerungen leistungsfähiger geworden. Die Arbeitskosten der Maschinenproduzenten sind aber nur im Masse der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung gestiegen. Sie sind gegenüber anderen Branchen ihres Landes im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger geworden.

Ohne auf die Wachstumstheorie näher einzugehen, führe ich als weitere These ein, dass die relative Konstanz zwischen Fixkapital und Wertschöpfung, bzw. des Kapitalkoeffizienten, in den westlichen Industrieländern belegt, dass der technische Fortschritt nicht auf eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals zurückzuführen ist (Elsenhans, 1979). Das Fixkapital wächst zwar gemessen in konstanten Preisen, aber eben fast parallel zum Wert der Gesamtproduktion und zur Steigerung der Reallöhne. Im Verlauf des kapitalistischen Wachstums verändern sich die Faktorproportionen nur geringfügig, so dass jede auf Faktorproportionen beruhende Theorie des Aussenhandels in die Irre führen muss.

2. Die Uebertragung von Technologie auf technisch rückständige Länder

Die Uebertragbarkeit des technischen Fortschritts auf Länder, die die entsprechenden Maschinen nur benutzen, nicht aber herstellen können, hat eine Reihe von Folgen, nämlich die Uebertragung des Weltmarktpreissystems, strukturelle Heterogenität und Spezialisierung auf Güter, für die die Absatzmärkte begrenzt sind.

Die Ausbreitung technischer Neuerungen in den Industrieländern hat zur Folge, dass sich das System relativer Preise verändert. In Branchen mit höherer Steigerung der Produktivität werden zunächst hohe Profite erzielt, bis genügend zusätzliche Produzenten in dieses rentable Geschäft eindringen, so dass allmählich die Preise sinken. Der Abzug von Produktionsfaktoren aus Branchen mit geringeren Produktivitätssteigerungen und geringeren Gewinnen führt dort zur Verminderung des Angebots. Zugangsbarrieren verlangsamen diesen Prozess, unterbinden ihn aber nicht, weil die Unternehmen in den hochproduktiven Sektoren keine Möglichkeit zu rentableren Investitionen ihrer Gewinne haben, als in der eigenen Branche, so dass sie selbst die Kapazitäten erweitern.

Die Möglichkeit des Imports von Maschinen durch die Dritte Welt hat dort zur Folge, dass in einzelnen Unternehmen die Produktivität ansteigt. Da nicht alle Technologien in den Ländern der Dritten Welt zu gleichen Produktivitätssteigerungen führen, wie in den Industrieländern, und nicht für alle Produktionssektoren moderne Investitionsgüter importiert werden, kommt es zu unterschiedlichen Rückständen und unterschiedlichen komparativen Kostennachteilen, nämlich "struktureller Heterogenität" (vgl. Nohlen & Sturm, 1982, 99), die flexible Anpassung der Wirtschaften der Dritten Welt verhindert. Strukturelle Heterogenität zeigt sich als Folge von Technologieimport, bei dem der Bau eigener Maschinen vernachlässigt wird.

Diese Vernachlässigung der Produktion eigener Maschinen ist betriebswirtschaftlich möglicherweise völlig rational (unabhängig davon, dass auch nichtökonomische Faktoren zur Wahl falscher Technologien führen können). Wenn wir die zu erwartenden Kostennachteile von Produktionsstandorten in Ländern der Dritten Welt betrachten, ergibt sich :

- Die komparativen Kostennachteile der Entwicklungsländer sind im Maschinenbau besonders hoch. Dies bedeutet, dass das Kosten-Leistungsverhältnis für einfache Technologie auch unter Berücksichtigung hoher Reallohnunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stets ungünstiger ist als bei modernsten Maschinen, es sei denn, dass deren Performanz im Entwicklungsland schlechter als im Industrieland ist oder dass das Wissen um inzwischen freie Technologie

aus mittleren Entwicklungsphasen kostenlos übernommen werden kann.

- Da die Maschinenproduzenten durch Neuerungen den Anwendern von Maschinen zu Produktivitätssteigerungen verhelfen, haben Entwicklungsländer geringere Produktivitätsrückstände bei der Anwendung von Maschinen als beim Bau von Maschinen. Dabei gilt, dass gerade beim Einsatz kapitalintensiverer Technologie die Produktivitätsdifferenzen zwischen Entwicklungsland und Industrieland eher gering sind, insbesondere bei fliessbandähnlichen Fertigungsanlagen (z.B. Boatler, 1975; Sharpston, 1975).

Die Spezialisierung von Entwicklungsländern lässt sich aufgrund der unterschiedlichen Produktivitätsrückstände gegenüber den Industrieländern wie folgt beschreiben :

In einer Reihe von Produktionszweigen mit ausgereifter Technologie ist die Produktivität der Arbeit im Industrie- und im Entwicklungsland relativ ähnlich. Das Entwicklungsland wird mit importierter kapitalintensiver Technologie wettbewerbsfähig, kann diese komplizierte Technologie aber nicht beherrschen. Je kapitalintensiver, desto geringer ist sowohl die Möglichkeit des Lernens über den Gesamtprozess der Produktion als auch der lokale Anteil an der Wertschöpfung.

Wegen der Armut der unqualifizierten Arbeitskräfte und wegen der Konsummuster einer geringen Anzahl von "Bedienern" der modernen Maschinerie sind die Multiplikatoreffekte über vermehrte Nachfrage nach lokalen Produkten klein. Ueber die hohen technischen Anforderungen an Teile für die kapitalintensiven Anlagen sind die Multiplikatoreffekte, die direkt von solchen Anlagen ausgehen, für die lokale Maschinenteileproduktion klein. Multiplikatoreffekte über Lieferanten von Vorprodukten führen nicht zu einer starken Nachfrage nach lokal produzierbaren Maschinen oder Teilen von Maschinen, weil im Regelfall hohe Anforderungen an die Qualität der zu liefernden Vorprodukte zu hohen Anforderungen an die eingesetzten Maschinen führen.

Das beschriebene Spezialisierungsmuster trocknet den Markt für die lokale Produktion von Maschinen aus, weil bei arbeitsintensiver Produktion durch den Einsatz zunächst im Verhältnis zu ihrer Performanz teurer lokaler Maschinen gerade der Kostenvorteil billiger Arbeitskraft, bei relativ kapitalintensiver Produktion die hohe Produktivität durch weniger effiziente lokal produzierte Maschinen gefährdet werden.

3. Strukturelle Heterogenität und Rente

Bei struktureller Heterogenität als Divergenz der Faktorproduktivitäten kann das Fehlen einer eigenen Investitionsgüterproduktion zur Folge haben, dass durch die Eingliederung in die Weltarbeitsteilung weniger das Beschäftigungs niveau steigt, als die Deviseneinnahmen abnehmen. Strukturelle Heterogenität kann nur über die Preise von Produkten gemessen werden, weil unterschiedliche Güter nur über ihre Preise verglichen werden können. Unterschiedliche Produktivitätssteigerungen führen nicht notwendig zu struktureller Heterogenität, wenn das System relativer Preise sich verändert: Dieser Fall tritt ein, wenn in den besonders rentablen Branchen zusätzliche Produktionskapazitäten entstehen; dies wird immer dann nur schwer möglich sein, wenn die Masse der zusätzlichen Investitionsgüter importiert werden muss. Flexible Anpassungsfähigkeit setzt nicht technische Autarkie voraus, sondern lediglich die Fähigkeit, bisher importierte Maschinen notfalls selbst zu bauen, falls eine rasch steigende Nachfrage nach entsprechenden Importen zu Belastungen der Zahlungsbilanz (und zu Abwertung) führen würde.

Die unterschiedliche Übertragbarkeit importierter Technologie auf Länder der Dritten Welt hat zur Folge, dass die Produktivität nach verschiedenen Produktionslinien gegenüber den führenden Industrieländern in unterschiedlichem Masse abweicht. Unterstellen wir, dass zur Steigerung der Beschäftigung über Exporte ein Entwicklungsland zunehmend in Bereiche diversifizieren muss, in denen sein Rückstand in der Faktorproduktivität zunimmt. Das Entwicklungsland kann seine Beschäftigung durch Abwertung erhöhen. Im Fall der Abwertung sinken unter den Bedingungen freier Konkurrenz seine Erlöse für die bisher schon wettbewerbsfähigen Exporte entsprechend dem Abwertungssatz. Je nach der Elastizität der Nachfrage nach Produkten des Entwicklungslandes und nach dem Ausmass der Divergenz der Faktorproduktivitäten können die Abwertungssätze zur Ausweitung der Beschäftigung so gross werden, dass die Gesamterlöse aus Exporten trotz wachsender Mengen ausgeführter Güter sinken, insbesondere wenn viele Entwicklungsländer eine solche Strategie verfolgen.

Das Entwicklungsland kann höhere Erlöse erzielen, wenn es den Freihandel abschafft und bei geringeren Abwertungssätzen schon wettbewerbsfähige Produkte mit einer Exportsteuer belegt. So hat Hongkong auf den zunehmenden Protektionismus im Westen mit der Versteigerung von Exportlizenzen an lokale Unternehmen begonnen, durch die die Preise für Exporte zugunsten der Staatskasse angehoben werden (Morkre, 1979). Singapur betreibt seit 1979 eine Politik der Verteuerung von Produkten, die mit unqualifizierter Arbeit hergestellt werden, zugunsten der Fi-

nanzierung der Ausbildung von Arbeitskräften in qualitätsintensiveren Produktionslinien (Holtgrave, 1985).

Diese beiden Beispiele zeigen die Möglichkeit, eine Rente anzueignen, nämlich ein Einkommen, das weder für die Entlohnung von Kapital noch von Arbeit zum vorherrschenden Zins- und Lohnsatz notwendig ist. Strukturelle Heterogenität impliziert stets Renten. Sie können in überhöhten Wechselkursen versteckt sein. Solche überhöhten Wechselkurse mögen der Wettbewerbsfähigkeit bei einer kleinen Palette von Produkten entsprechen, setzen aber die übrige Wirtschaft wegen ihres grösseren Produktivitätsrückstandes hoher Preiskonkurrenz von Seiten der Importe aus und behindern die Diversifizierung der Produktion (Elsenhans, 1981).

Da bei struktureller Heterogenität häufig die Hauptexportprodukte den Wechselkurs bestimmen, ist dieser im Regelfall so hoch, dass er die nationale Produktion in anderen Bereichen entmutigt (Nankani, 1979).

Uebrigens eignen sich sehr viele Länder der Dritten Welt über Exportsteuern und über nationale Vermarktungsbehörden Renten an. Die Höhe solcher Renten hängt von den Angebotspreisen möglicher Konkurrenten in den Entwicklungsländern, den Substitutionskosten in den westlichen Industrieländern und dem Verbraucherverhalten in den Hauptabnehmerländern ab (Goode, Lent & OJHA, 1966; Elsenhans, 1984b).

Rente und strukturelle Heterogenität sind Folgen der ungleichen Entwicklung im Weltmass-Stab : zwar kennen wir Differentialrenten auch in strukturell homogenen Wirtschaften. Aber Renten bei tropischen Agrarprodukten oder mineralischen Rohstoffen in dem diagnostizierten Ausmass können nur aufgrund des im Westen erreichten Produktivitätsniveaus angeeignet werden : Differentialrenten bei mineralischen Produkten sind Folge der Erschöpfung der kostengünstigen Lager in den industrienahen Standorten des Westens und der "Zahlungsfähigkeit" des Westens. Ohne den Reichtum des Westens und ohne seine Zahlungsfähigkeit würden Verteuerungen von Produkten aus der Dritten Welt nur zu rasch sinkenden exportierten Mengen führen.

Auch zwischen entwickelten Industrieländern gibt es nicht nur Differenzen in der durchschnittlichen Faktorproduktivität, sondern auch nach Produktionszweigen unterschiedliche Differenzen. Nach dem Gesetz des komparativen Vorteils weitet ein Industrieland die Produktion in dem Bereich aus, wo es den höchsten komparativen Vorteil hat. Mit der Ausweitung der Produktion steigen die Grenzkosten. Aehnlich wird in Industrien mit komparativem Nachteil die Produktion vermindert. Die Grenzkosten sinken. Die Grenzerträge in beiden Branchen gleichen sich an. Dies setzt voraus, dass in einem breiten Sektor der "tradeables" die

Produktivitätsdifferenzen zwischen den miteinander Handel treibenden Volkswirtschaften nicht allzu unterschiedlich sind und dass die für den Export wichtigen Branchen sich die Märkte mit anderen strukturell homogenen Wirtschaften teilen. Im Fall des Wachstums komparativer Vorteile können Handelspartnern Marktanteile abgenommen werden, die sich auf andere Produktionen spezialisieren, bis steigende Grenzkosten andere Industrien im eigenen Land auf den Faktormärkten wettbewerbsfähiger machen. Außerdem erfordert ein solcher Handel die Aufrechterhaltung der Gesamtnachfrage durch produktivitätsgemäße Reallohnsteigerungen.

Solche Bedingungen existieren nicht, wenn ein Land nur bei einer sehr kleinen Palette von Produkten wettbewerbsfähig ist, dort sich den freien Markt mit einer kleinen Gruppe auch strukturell heterogener Wirtschaften teilt, wie dies bei den meisten bergbaulichen Rohstoffen der Fall ist (trotz relativ geringer Anteile der Dritten Welt an der Gesamtproduktion mineralischer Rohstoffe), und wenig Möglichkeiten der Diversifizierung der Exporte ohne massive Abwertung des internationalen Wertes seiner lokalen Arbeitskraft hat. Dann kann das Niveau einer Vollbeschäftigung über Exporte sichernden Wechselkurses so niedrig sein, dass entweder Arbeitslosigkeit bei hohem Wechselkurs (mit dann geringem Anreiz zur Diversifizierung) oder die offene Aneignung einer Rente vorgezogen wird.

4. Rente und Gesellschaftsstruktur

Die Existenz von Renten bei struktureller Heterogenität hat eine Vielzahl gesellschaftlicher Folgen. Unterschiedliche Faktorproduktivitäten nach Branchen und selbst nach Unternehmen behindern die Herausbildung einer Arbeiterbewegung. Da die Verteilungsspielräume von den Unternehmen, eventuell von Branchen abhängen, erfolgen Lohnauseinandersetzungen primär in diesem Rahmen und sind nicht getragen von nationalen Organisationen der Arbeiter.

Auch wenn die Geldlöhne ein wichtiger Konfliktpunkt zwischen Unternehmen und Arbeitern in der Dritten Welt sind, werden Konzessionen der Unternehmen eher nicht die Geldlöhne betreffen. Wahrscheinlich haben Arbeiter in ihren Auseinandersetzungen mit den Unternehmen nie nur um Geldlöhne gestritten. Aber die Vielzahl miteinander konkurrierender Unternehmen im europäischen Kapitalismus konnte sich nur auf leicht überprüfbare kostensteigernde Massnahmen, wie Arbeitszeitbegrenzung, Geldlohn, eventuell Pausen und minimale Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz festlegen lassen. Die vereinbarte Arbeitszeit mussten dann die Unternehmer möglichst produktiv nutzen. Steigende Geldlöhne von der Seite der Nachfrage, Steigerung der

Produktivität als einzige mögliche Entlastungsstrategie von der Seite der Produktion schufen die Bedingung für das Wachstum von Produktivität und Produktion. Die meisten modernen Unternehmen der Dritten Welt verfügen aufgrund ihrer marktbeherrschenden Stellungen über Verteilungsspielräume. Diese nutzen sie, um die Loyalität ihrer Arbeiter zu sichern. Die Bildung einer betriebsübergreifenden Arbeiterbewegung wird erschwert. Eine der möglichen Konzessionen in einem solchen betrieblichen Patronagesystem ist auch der Verzicht auf zu hohe Anforderungen an die Arbeitsdisziplin (Liabes, 1984).

Die wichtigste gesellschaftliche Konsequenz der Rente ist jedoch die zentralistische Organisation der herrschenden Klassen. Kapitalistische Unternehmer können unter den Bedingungen freier Konkurrenz nicht die Menge der Produktion kontrollieren, um eine Rente zu erzielen. Sie erhöhen die Produktion solange, bis die Preise fallen und sie nur noch eine durchschnittliche Profitrate erzielen. Im Industrialisierungsprozess sich verschlechternde Terms-of-Trade sind für Grossbritannien im 19. Jahrhundert gut belegt (Imlah, 1950). Damit die Rente als Einkommen auftaucht, muss diese Verallgemeinerung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ausgeschlossen sein.

Die Aneignung von Renten setzt die Existenz nichtkapitalistischer herrschender Klassen voraus, denen es gelingt, die Konkurrenz zwischen den Produzenten zu unterbinden. Oligarchien, wie wir sie in den meisten Ländern Lateinamerikas bis in die Dreissiger Jahre antreffen, sind herrschende Klassen, in denen über politische und familiäre Verflechtungen eine Strategie der Produktionsbeschränkung durchgesetzt werden kann.

Solche Oligarchien sind in den meisten Ländern der Dritten Welt durch Staatsklassen ersetzt worden, die einer entwicklungspolitischen Zielsetzung und dem Nationalismus verbunden sind. Solche Staatsklassen sind besser organisiert, um Widerstand der Unterschichten abzublocken und zu kanalisieren oder durch partielle Entwicklungserfolge zu pazifizieren.

Je grösser die Möglichkeit, sich durch Zentralisierung Renten zu verschaffen, desto grösser die Neigung herrschender Klassen, sich zu zentralisieren. Je kleiner die Möglichkeiten, über private Investitionen Gewinne zu machen, desto geringer die Neigung, sich gegen diesen Prozess der Zentralisierung zu wenden. Gewinne hängen in einer keynesianischen Welt von realisierten Investitionen ab. Kleine Märkte für mit Maschinen produzierte Produkte und geringe Konkurrenzfähigkeit der lokalen Industrie (bei gegebenen Wechselkursen) haben geringe Investitionsmöglichkeiten und damit geringe Entfaltungsmöglichkeiten für eine private Bourgeoisie zur Folge. Hohe Wechselkurse und Renteneinnahmen aus traditionellen Wirtschaftssektoren behindern wegen struktureller Heterogenität

die Industrialisierung für den Export und vermindern damit die Investitionsmöglichkeiten im Lande. Die Möglichkeit der Aneignung von Renten für ein Land, dessen Wachstum über Produktionsausweitung nur bei massiver Verbilligung seiner lokalen Arbeitskraft in internationalen Preisen erreicht werden kann, schwächt den Wettbewerbssektor zugunsten einer zentralisierten herrschenden Klasse. Bei struktureller Heterogenität verspricht die Aneignung von Renten grössere Erfolge als die Absenkung des internationalen Preises lokaler Produktionsfaktoren, zumindest im Hinblick auf die kurzfristig erzielbaren Devisenerlöse.

In der Literatur werden diese zentralisierten Klassen in der Dritten Welt, deren derzeitige Form ich als Staatsklassen bezeichne, die bürokratische Entwicklungsgesellschaften unterschiedlichen Typs beherrschen, als kapitalistisch bezeichnet. Dieser Position habe ich an anderer Stelle widersprochen (Elsenhans, 1982b). Hier möchte ich nur auf die spezifische Verflechtung dieser Klassen mit dem kapitalistischen Weltsystem eingehen, mit dessen Entwicklungsdynamik ihr Aufstieg selbstverständlich zusammenhängt. Sie sind deshalb nicht von diesem abhängig, oder vom Kapitalismus abhängig, oder gar kapitalistisch. Auch die Arbeiterklasse entstand bekanntlich mit dem Kapitalismus : ist sie deshalb abhängig, abhängig kapitalistisch oder kapitalistisch ?

Verbunden mit dem Wachstum kapitalistischer Wirtschaften entsteht :

- eine Nachfrage nach Produkten aus der Dritten Welt unabhängig vom technischen Fortschritt im Süden, und zwar zu Preisen, die den Import von Produkten aus den Industrieländern erheblich billiger machen als die lokale Produktion von entsprechenden Gütern;
- eine Nachfrage nach bergbaulichen Produkten, die nach Erschöpfung kostengünstiger Lager in den industrienahen Standorten des Westens im Süden erheblich billiger produziert werden können;
- die Möglichkeit des Transfers von Technologie in der Form des Imports von Maschinen, durch die in der Dritten Welt in einzelnen Produktionszweigen die Produktivität gestützt auf ausländische Technologie gesteigert werden kann.

Diese Entwicklungen führen zur Uebertragung des Preissystems des Weltmarkts auf die Länder des Südens und entmutigen die Produktion in Branchen, in denen der komparative Kostennachteil am höchsten ist. Dies gilt insbesondere für die Maschinenproduktion. Ohne die Fähigkeit eigene Produktionsmittel herzustellen, verlieren diese Wirtschaften ihre Fähigkeit zu flexibler Anpassung an Veränderungen der Nachfragestruktur.

Vollbeschäftigung wird allerdings durch diese Eingliederung in den Weltmarkt nicht erreicht. Eine Strategie der Diversifizierung der Produktion würde eine Senkung des Werts der Währung erfordern, die den herrschenden Klassen im Hinblick auf die Entwicklung der Devisenerlöse als prohibitiv erscheint.

Beim Eindringen kapitalistischer Verkehrsformen in die Länder der Dritten Welt lösen sich die herrschenden Klassen nicht in miteinander konkurrierende Kapitalbesitzer auf, sondern zentralisieren sich, um Renten anzueignen : Der kapitalistische Sektor bietet im Verhältnis zum Umfang des Beschäftigungsproblems zu wenig Arbeitsplätze. Die begrenzte Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung führt zu struktureller Heterogenität. Diese erlaubt die Aneignung von Renten. Hohe Renten verringern die Anreize zur Diversifizierung der Produktion für den Weltmarkt. Die Enge des Binnenmarkts bei ungleicher Einkommensverteilung behindert auch hier die Industrialisierung.

Der Kampf um die Rente ist die Form, in der die herrschenden Klassen des Südens am Produktivitätsfortschritt des Westens teilhaben und sich eine finanzielle Basis für ihre Herrschaft schaffen. Weil der kapitalistische Vorstoss in die Gesellschaften des Südens zu schwach ist, um den für kapitalistisches Wachstum konstitutiven Mechanismus "Steigende Masseneinkommen erlauben rentable Investitionen und damit Kapitalakkumulation" zu schaffen, entstehen im Süden zentralisierte herrschende Klassen, die auf der Grundlage von im Export angeeigneten Renten ihre Einkommen vergrössern.

Die ökonomischen Mechanismen für die Aneignung von Renten entstehen aus produktiven Produktivitätsrückständen im Süden gegenüber dem Westen. Der mögliche Gesamtumfang von Renten hängt auch vom erreichten Produktivitätsniveau im Westen ab. Die Verfügbarkeit von Renten erlaubt den herrschenden Klassen im Süden am Produktivitätsfortschritt im Westen teilzuhaben, ohne selbst Produktivkräfte entwickeln zu müssen. Die Aneignung von Renten erfordert monopolistische Angebotskontrolle und perpetuiert monopolistische Strukturen. Analog zum Bild eines selbsttragenden Wachstums in den kapitalistischen Industrieländern, wo der Druck der Arbeiterbewegungen und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen Akkumulation und Innovation erzwingen, kann von einem selbsttragenden Prozess der Perpetuierung von Renten in der Dritten Welt gesprochen werden, wo zentralisierte herrschende Klassen mit und ohne Technikimport aufgrund von Veränderungen der relativen Preise im Westen sich immer neue Renteneinkommen verschaffen.

Die Renten entstehen über die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung im Weltmass-Stab und führen zu einer ungleichen gesellschaftlichen Entwicklung - im Westen miteinander konkur-

rierende kapitalistische Unternehmer, denen mächtige Arbeiterbewegungen gegenüberstehen, im Süden zentralisierte Staatsklassen, deren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung widersprüchlich ist, und die sich alle übrigen Klassen klientelistisch unterordnen.

5. Rente und Ueberwindung von Unterentwicklung

Da die Aneignung von Renten durch zentralisierte Klassen erfolgt, hängt die Verwendung der so angeeigneten Ressourcen von der entwicklungspolitischen Ausrichtung zentralisierter Klassen ab, die anders als Kapitalisten nicht über den Markt (Verwertungzwang) zu Akkumulation, Innovation und effizienter Nutzung ihrer Ressourcen gezwungen sind. Allgemeine Bestimmungen ergeben sich hier aus der Analyse von Staatsklassen, die ich nicht wiederholen will (Elsenhans, 1984a, 118-192).

Zwei Aspekte verdienen aber Beachtung. Einerseits die mit der Rente verbundene Entkoppelung zwischen der Erzielung und der Verwendung von Einkommen, andererseits die durch Renten geförderte falsche Technologiewahl.

Ein kapitalistischer Produktionsprozess kann als gleichzeitige Produktion von Konsum- und Investitionsgütern verstanden werden. Über die Konkurrenz ist das kapitalistische Unternehmen gezwungen, im Produktionsprozess eingesetzte Investitionsgüter laufend zu erneuern und nach Möglichkeit durch bessere zu ersetzen und dafür seinen Gewinn einzusetzen. Eine Rente wird erzielt, ohne dass diese Einnahmen vorwiegend zur Erhaltung der Einnahmequelle ausgegeben werden müssen. Die Rente wird häufig gerade mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass Investitionen zum Aufbau oder zur Modernisierung von Produktionsanlagen außerhalb des Renten abwerfenden Teils der Wirtschaft getätigt werden. Investitionen erfolgen dann nicht als Antwort auf die Nachfrage und die Konkurrenz, sondern aufgrund einer Investitionsplanung.

Das Problem der Ueberwindung von Unterentwicklung erscheint dann als Problem ausreichender finanzieller Ressourcen von aussen, mit denen Investitionsgüter für neue Arbeitsplätze importiert werden können.

Eine Reihe von Gründen haben zur Folge, dass Staatsklassen laufend relativ moderne Technologie importieren. Zunächst ist das Leistungs-Kosten-Verhältnis bei modernster Technologie am höchsten, sofern es sich nicht um kapitalintensive Defensivtechnologie handelt, die nur aufgrund hoher Arbeitskosten wettbewerbsfähig ist. Ueberhöhte Wechselkurse in der Dritten Welt machen aber auch solche kapitalintensive defensive Technologie

rentabel, weil sie den Anschein hoher lokaler Löhne hervorrufen. Die übrige moderne Technologie ist nur dann traditioneller Technologie nicht überlegen, wenn aufgrund von Marktgrößen, Wartungsproblemen, fehlenden Zulieferungen in der geforderten Qualität und Menge die in den Industrieländern erreichbare Leistung im Entwicklungsland nicht erzielt werden kann. Solche meist unvorhergesehenen Misserfolge werden leicht mit dem Hinweis auf die, durch den Import modernster Technik erzielbare, langfristige Veränderung des ökonomischen Umfelds gerechtfertigt. Ist jedoch die Komplexität der importierten Technik zu hoch für die technische Qualifikation der Nutzer und des ökonomischen Umfelds, nämlich lokale Reparaturunternehmen, lokale Lieferanten von Vorprodukten usw., dann findet gar kein Lernen statt (vgl. Roepke, 1982, 263).

Die wachsende Qualifikation von Arbeitern, die zunächst einfache Maschinen produzieren und dabei Fähigkeiten in den grundlegenden Tätigkeiten der Metallbearbeitung erwerben, wird von den Mitgliedern der Staatsklassen aufgrund ihrer Distanz zu handwerklicher Betätigung meist nicht wahrgenommen und deshalb nicht in die Kosten-Nutzen-Rechnung aufgenommen.

Um sich für den Einsatz lokal produzierter Maschinen zu entscheiden, müssten die Staatsklassen der Dritten Welt angesichts des Wechselkurses (und verstärkt noch wegen preisverzerrender direkter und indirekter Subventionen von Kapital) betriebswirtschaftlich kurzfristig teurere Lösungen wählen. Höhere Kosten sind durch die Qualifikation einer breiten Zahl von Arbeitskräften zu rechtfertigen. Sie lernen über den Bau von Maschinen die Fertigkeiten für die spätere Assimilation komplizierterer Technologie. Es geht nicht darum, die Länder der Dritten Welt auf minderwertige Technologie und damit auf die Fortdauer ihrer Rückständigkeit festzulegen, sondern ihnen - durch die Beherrschung zunächst grundlegender Fertigkeiten im Maschinenbau - Lernen über Technologieproduktion zu ermöglichen, was ein zügiges Aufholen auch durch Technologieimport ermöglicht und verhindert, dass weiterhin Technologie nur konsumiert wird. Hohe offene Renten lassen eine solche Strategie als unnötig erscheinen, weil ausreichend Geld zur Verfügung zu stehen scheint. Hohe versteckte Renten in der Form hoher Wechselkurse erwecken den Eindruck, als ob lokal produzierte Maschinen ein - im Vergleich zu Maschinenimporten - besonders ungünstiges Leistungs-Kosten-Verhältnis aufweisen.

Eine solche alternative Strategie des lokalen Maschinenbaus hat gesellschaftspolitische und technologiepolitische Bedingungen. Beim weiterhin sinnvollen Import von Technologie ist darauf zu achten, dass importierte Anlagen das erreichte lokale Niveau der Qualifikation der Arbeiter nicht überfordern, sondern möglichst rasch assimiliert, nämlich repariert, kopiert und lokalen Bedingun-

gen angepasst werden können. Dies hat die betriebswirtschaftlich zunächst absurde Konsequenz, dass Technologien mit schlechterem Leistungs-Kosten-Verhältnis auch beim Import eventuell vorzuziehen sind.

Einkommenspolitisch erhöht eine Anhebung der unteren Einkommen die Nachfrage nach einfachen Produkten, die mit traditionellen Verfahren hergestellt werden können. Da letztlich nur durch die Steigerung der Produktivität bei Lohngütern der Verschlechterung der Terms-of-Trade entgegengewirkt werden kann (Bardhan, 1982, 157-169), ist das Wachstum von Produktion und Produktivität in Landwirtschaft und Klein- und Mittelbetrieben, die Massenkonsumgüter (meist arbeitsintensiv und wenig import-intensiv) produzieren, durch die lokale Herstellung geeigneter Maschinen zu steigern.

Zwar sinkt durch die Umverteilung der Einkommen zugunsten unterer Einkommensschichten der Anteil der Güter, die nur mit moderner Technologie produziert werden können, doch fragen auch untere Einkommensschichten moderne Güter nach. Eine Reihe moderner Produkte wie Fernseher, Kühlschrank, Radio und Waschmaschine haben heute auch für ärmere Haushalte in vielen Ländern der Dritten Welt eine hohe Priorität. Eine Politik des "unpackaging", nicht nur von Technologie sondern auch von Produkten, kann hier die lokale Fertigung ermöglichen, indem auf "gadgets" verzichtet wird und z.B. der Abnutzung stark ausgesetzte Teile, wie Lager, grösser dimensioniert werden, so dass die Anforderungen an Werkstoff und Präzision gesenkt werden können.

Die Staatsklassen werden hier Abschied von Prestigeobjekten nehmen müssen und sich auf den schwierigen Weg des Aufbaus einer technologischen Basis mit selektivem Technologieimport einzulassen haben. Zwischen politischem System und den Erfordernissen einer solchen kombinierten Technologie- und Gesellschaftspolitik werden notwendig Spannungen auftreten. Die Staatsklassen verlieren die Möglichkeiten, Misserfolge einseitig ihren ausländischen Vertragspartnern anzulasten. Imperialistische Ausbeutung kann als Sündenbock für die Herrschaftsstabilisierung weniger eingesetzt werden. Staatsklassen werden von ihren nationalen Arbeiterklassen abhängiger und werden sich grösserer Bescheidenheit der Lebensführung befleissigen müssen. Die politische Bedingtheit der Resultate des Entscheidungsprozesses innerhalb von Staatsklassen über Investitionsprojekte wird häufig und auf nie endgültig lösbar Weise mit den Erfordernissen konfligieren, die sich aus einer solchen Neuorientierung der Entwicklungspolitik ergeben.

Eine Verminderung der Renten verringert den Verteilungsspielraum für den Aufbau von Klientelsystemen und erfordert einen stärkeren Rückgriff auf lokale Produktionsfaktoren. Weniger

"Reichtum" kann zu einer nachhaltigen Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung führen. Solange Renten für den Aufbau von Patronagesystemen verwendet werden können, wird der Druck der Unterschichten nicht vorrangig den Aufbau von Produktivkräften fördern, sondern zu blossen Verteilungsmassnahmen führen, durch die die Unterschichten entsolidarisiert werden. Gleichwohl erlauben Renten die Finanzierung der Umstrukturierung der Produktionsapparate, auch wenn die Anreize dazu auf der Ebene der politischen Auseinandersetzungen mit Zunahme der Renteneinnahmen und der Verbesserung der Terms-of-Trade abnehmen (Singer, 1950; Mahajan, 1960). Oekonomische Erleichterungen einer alternativen Entwicklungsstrategie und politische Anreize für die Option für eine solche Entwicklungsstrategie lassen sich kombinieren, wenn die derzeitige Finanzkrise der Dritten Welt in globalen Verhandlungen zwischen dem Süden und dem Westen mit Veränderungen in der Entwicklungsstrategie des Südens verknüpft wird, und zwar nach dem Motto : Reformen gegen Ressourcen. Ressourcen gegen Reformen.

6. Zu reich für alternative Entwicklungsstrategien ?

Sowohl langfristig wie kurzfristig stellte und stellt der relative Reichtum der Dritten Welt ein ernstes Entwicklungshemmnis dar. Die These, dass die Dritte Welt ausgebeutet wurde und wird, ist deshalb sowohl für die Entwicklung der heutigen Industrieländer, als auch für die Unterentwicklung im Süden irrelevant.

Kurzfristig hat die seit 1945 erhöhte Extraktionskapazität des Südens, der angesichts des Ost-West-Gegensatzes und der Furcht des Westens vor friedens- und gleichgewichtsgefährdenden sozialen Revolutionen grosse finanzielle Transfers erzwingen konnte, zwar den Aufbau industrieller Kapazitäten erlaubt. Reale Erfolge solcher von aussen gestützter Strategien beruhten jedoch stets auf Eigenanstrengungen. Grosse Finanzierungsspielräume haben aber häufig zum Verzicht auf solche Eigenanstrengungen geführt, wofür einige OPEC-Länder gute Beispiele geben. Auch der Zugang zu billigen Krediten hat zu einer Verschuldungsindustrialisierung geführt (Frieden, 1981), deren Kennzeichen der Verzicht auf den Ausbau einer zureichenden lokalen Investitionsgüterproduktion und auf die dazu notwendigen gesellschaftlichen Strukturreformen war. Hier soll nicht gefordert werden, dass die Dritte Welt ärmer werden soll, um sich zu entwickeln. Allerdings sollten in der politischen Auseinandersetzung um Renten und Ressourcen zwischen dem Süden und dem Westen auf ökonomischem und politischem Gebiet alle jene Elemente gestärkt werden, die den Gefahren entgegenwirken, die sich aus dem Reichtum der Dritten Welt, d.h. der Existenz von Extraktionsmöglichkeiten,

ergeben. Zu einer solchen Stärkung gehört die Umverteilung von produktiven Ressourcen wie Land (Agrarreformen), die Selbstorganisation der Unterschichten, die Verbesserung der Produktionsbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere durch Verfügbarkeit für sie geeigneter Maschinen (v.a. die Produktion einiger Standardmaschinen im Süden) und die Stärkung reformbereiter Segmente in den Staatsklassen, z.B. durch ihre internationale Aufwertung, die nachhaltige aussenwirtschaftliche Unterstützung von Reformstrategien. Mit vielleicht entstehenden Demonstrationsländern kann die innenpolitische Stellung reformbereiter Segmente von Staatsklassen in anderen Entwicklungsländern gestärkt werden.

Die herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern haben historisch durch ihre reichen Rohstoffquellen auf technische Innovation verzichten können. Gerade gute Terms-of-Trade erlauben den Verzicht auf Veränderungen. Technische Innovation wurde Wirtschaften abverlangt, die nicht über günstige Terms-of-Trade verfügten. Gute Terms-of-Trade sind ein grosser Anreiz zur Stagnation. Ist dann das Gefälle technischer Kompetenz ausreichend gross, können die entwickelteren Länder gestützt auf grosse Binnenmärkte mit wachsenden Realeinkommen ihr technisches Monopol laufend wiederherstellen, während die rückständigeren Länder aufgrund ihrer noch, oder wieder, erreichten Wettbewerbsfähigkeit bei der Anwendung von importierter Technologie noch vorhandene technische Kompetenz verlieren, ohne über die Automatismen des Markts eine eigene technologische Basis aufbauen zu können. Unabhängig von den mit Renteneinkommen verbundenen Tendenzen zur Zentralisierung der herrschenden Klassen - und damit zu einer extrem ungleichen Einkommensverteilung und stark repressiven politischen Systemen - verhindert schon die Inflexibilität der so entstehenden Produktionsapparate und deren Abhängigkeit von Maschinenimporten eine gradualistische Anpassung an wachsende Massenbedürfnisse. Steigende Terms-of-Trade in technisch nicht führenden Sektoren entmutigen die heimische Produktion von Technologie. Aufgrund der dann notwendigen Abwertung des Werts der nationalen Arbeitskraft in internationalen Preisen sinken die Terms-of-Trade wieder. Bei technischem Monopol verwertet sich auf dem Weltmarkt schon nach Marx produktivere Arbeit als intensivere¹. Die herrschenden Klassen im Süden wirken dieser Tendenz durch Aneignung von Renten entgegen, ohne dass dies zur Steigerung der Produktivität der Arbeit im Süden führen muss. Wenn aber nicht Lohngüter mit lokalen Maschinen immer kostengünstiger im Land

¹ MARX Karl, Das Kapital, MEW 23, 584 : "Nun wird aber das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, dass auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit ebenfalls als intensivere zählt, sobald die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf den Wert zu senken".

produziert werden können, können sich Entwicklungsländer im Fall verschlechterter Absatzbedingungen nur unter hohen Kosten aus der Weltmarktabhängigkeit lösen.

Die Rente ist ein reaktionäres Einkommen (Benachenou, 1971). Sie hat schon Spanien und Polen verarmt (Hamilton, 1938; Kula, 1970, 96). Um sie produktiv einzusetzen, sind Gegengewichte notwendig. Aus Rohstoffexporten haben sich nur wenige Länder entwickelt. Dies war der Fall, wenn z.B. die Kohle in Grossbritannien, die vorgelagert (Eisenbahn, Dampfmaschine) und nachgelagert (Dampfmaschine, Puddlingeisen, Textilmaschinen) Innovation begünstigte, oder wegen sehr spezieller Förder- und Verarbeitungsmethoden im Lande Standortvorteile für die Maschinenproduktion schuf (Kuba, Malaysia, Skandinavien) (Fabian, 1981, 669; Thoburn, 1977, 203; Hodne, 1975, 43). Der Tendenz zur Extraversion über die Rente, nämlich der Aneignung der Rente durch eine kleine reiche Minderheit, die ihren Konsum durch Importe befriedigt, wirkte im 19. Jahrhundert in Nord-europa oder in den USA die Verteilung der Rente auf eine Vielzahl von Produzenten entgegen (vgl. David, 1975, 88). Berrills (Berrill, 1960) Argument, dass Rohstoffreichtum dann zu Wachstum führe, wenn dieser Exportsektor über hohe Masseneinkommen zur Bildung eines Binnenmarktes führt, hat damit eine gewisse Berechtigung. Aber die Geschichte Australiens und Kanadas, die im 20. Jahrhundert gegen ihre komparativen Vorteile beim Rohstoffexport zum Schutz ihrer industriellen Entwicklung ankämpfen mussten, oder die Tendenz zur Deindustrialisierung Grossbritanniens (Singh, 1979, 206) und Norwegens (Noreng, 1980, 204-206) aufgrund ihres Oelreichtums zeigen, dass eine egalitäre Verteilung von Renten die Gefahr, durch Reichtum von der Teilhabe am technischen Fortschritt ausgeschlossen zu werden, nur mildert, nicht aber beseitigt.

Stellen wir uns vor, dass die industrialisierte Welt in einem atomaren Holocaust verschwände. Die Rohstoffe der Dritten Welt würden erheblich an Wert verlieren, weil viele Einsatzmöglichkeiten für die Herstellung von Produkten für kaufkräftige Märkte entfielen. Der Reichtum an Devisen nähme drastisch ab. Maschinen könnten mit diesem Reichtum nicht mehr gekauft werden. Vielleicht würden angesichts der entstandenen Abhängigkeit vieler Länder der Dritten Welt von Nahrungsmittelimporten aus dem Westen Hungerkrisen auftreten. Gleichwohl würden die Menschen in den Ländern des Südens ihre eigenen Werkzeuge und Maschinen bauen und dabei eigene technologische Kreativität entfalten. Ihr Reichtum an Ressourcen wäre zurückgegangen, ihre technischen Fähigkeiten und die Notwendigkeit, eigene Arbeit zu mobilisieren und dann auch zu bezahlen, würde auch zur Orientierung der Produktion auf eigene Bedürfnisse führen. Ob dann allerdings durch Druck von Unterschichten über wachsende Märkte Möglichkeiten für rentable Investitionen und die Not-

wendigkeit zu Innovation entstünden, kann nicht vorhergesagt werden. Genauso denkbar ist der Rückfall in eine etwas industrialisierte tributäre Produktionsweise mit stagnativer Tendenz und einer zentralisierten Staatsklasse ohne ideologisches Engagement für Entwicklung, die sich z.B. mit der Industriekritik der heutigen europäischen Mittelklasse rechtfertigen könnte.

BIBLIOGRAPHIE

- BARDHAN Pranab (1982), "Unequal Exchange in a Lewis-Type World", in GERSOVITS Mark et al., *The Theory and Experience of Economic Development. Essays in Honour of W. Arthur Lewis*, Allen & Unwin, London, 157-172.
- BENACHENHOU Abdellatif (1971), "Le renversement de la problématique ricardienne des coûts comparés dans la théorie économique contemporaine", *Revue algérienne des sciences juridiques, économiques et politiques*, 8, 913-934.
- BERRILL K. E. (1960), "International Trade and the Rate of Economic Growth", *Economic History Review*, 12, 351-359.
- BOATLER Robert W. (1975), "Trade Theory Predictions and the Growth of Mexico's Manufactured Exports", *Economic Development and Cultural Change*, 23, 491-506.
- DAVID Paul A. (1975), *Technical Choice, Innovation and Economic Growth. Essays on American and British Experience in the Nineteenth Century*, Cambridge University Press, Cambridge.
- ELSENHANS Hartmut (1979), "Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Einige Bemerkungen zu neoricardianischen und marxistischen Behauptungen", *Leviathan*, 7, 584-597.
- ELSENHANS Hartmut (1981), "Egalitarisme social et critique des modes de production dans la périphérie au lieu d'antiimpérialisme et critique des rapports économiques entre le Centre et la Périphérie", in *Transfert de technologie et développement*, Bd. 2, Discussion entre MM. les professeurs Emmanuel et Elsenhans. Working Group. Multinationales et développement, Symposium de Paris du 10 octobre 1980, IEDES, Paris, 1-71.
- ELSENHANS Hartmut (1982a), "Die Ueberwindung von Unterentwicklung durch Massenproduktion von Massenbedarf - Weiterentwicklung eines Ansatzes", in NOHLEN Dieter & NUSCHELER Franz, Hrsg., *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. I, Hoffmann & Campe, Hamburg, 152-182.
- ELSENHANS Hartmut (1982b), "Capitalisme d'Etat ou Société bureaucratique de développement", *Etudes internationales*, 23, 3-22.
- ELSENHANS Hartmut (1984), "Le développement autocentré contradictoire", *Cahiers du CREA*, 3, 4-47.
- ELSENHANS Hartmut (1984a), *Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt*, Campus, Frankfurt.
- ELSENHANS Hartmut (1984b), "Rohstoffe und die Auseinandersetzung um Rohstoffe als Element der wirtschaftlichen Entwicklung in historischer Perspektive", in MUELLER Harald & PUHL Detlef, Hrsg., *Ressourcenpolitik. Konfliktpotentiale und Kooperationschancen bei der westlichen Rohstoffsicherung*, Haag & Herchen, Frankfurt, 3-39.
- FABIAN Horst (1981), *Der kubanische Entwicklungsweg. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung*, Westdeutscher Verlag, Opladen.

- FRIEDEN Jeff (1981), "Third World Indebted Industrialization : International Finance and State Capitalism in Mexico, Brazil, Algeria and South Korea", *International Organization* 35, 407-432.
- GOODE Richard, LENT George E. & OJHA P.D. (1966), "The Role of Export Taxes in Developing Countries", *IMF Staff Papers*, 13, 453-501.
- HAMILTON Earl J. (1938), "The Decline of Spain", *Economic History Review*, 8, 168-179.
- HOLTGRAVE Wilhelm F. (1985), *Industrielle Spezialisierung und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen : Erfolge und Probleme im Prozess voranschreitender exportorientierter Industrialisierung*, Dissertation, Marburg.
- HONDE Fritz (1975), *An Economic History of Norway, 1815-1870*, Tapir, Oslo.
- IMLAH Albert H. (1950), "The Terms of Trade of the United Kingdom 1798-1913", *Journal of Economic History*, 10, 170-194.
- KULA Witold (1970), *Théorie économique du système féodal. Pour un modèle de l'économie polonaise, 16e-18e siècles*, Mouton, Paris, Den Haag.
- LIABES Djilali (1984), "Structuration économique, émergence des classes sociales et la constitution de l'Etat-Nation : La nécessité d'une mise en relation", *Cahiers du CREA*, 3, 48-60.
- MAHAJAN V. S. (1960), "The Terms of Trade Between Primary Producing and Manufacturing Countries and Economic Development", *Indian Journal of Economics*, 40, 357-360.
- MORKRE Morris E. (1979), "Rent-Seeking and Hongkong's Textile Quota System", *The Developing Economies*, 110-118.
- NANKANI Gobind (1979), *Development Problems of Mineral Exporting Countries*, World Bank Staff Working Paper Nr. 354, World Bank, Washington 3.
- NOHLEN Dieter & STURM Roland (1982), "Ueber das Konzept der Strukturellen Heterogenität", in NOHLEN Dieter & NUSCHELER Franz, Hrsg., *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. I, Hoffmann & Campe, Hamburg, 92-116.
- NORENG Oystein (1980), *The Oil Industry and Government. Strategy in the North Sea*, Croom Helm, London.
- ROEPKE Jochen (1982), *Die unterentwickelte Freiheit. Wirtschaftliche Entwicklung und unternehmerisches Handeln in Indonesien*, Vandenhoeck & Ruprecht, Paderborn.
- SHARPSTON Michael (1975), "International Subcontracting", *Oxford Economic Papers*, 27, 94-135.
- SINGER Hans W. (1950), "US Foreign Investment in Underdeveloped Areas. The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries", *American Economic Review*, 40, 473-485.
- SINGH Ajit (1979), "North Sea Oil and the Reconstruction of UK Industry", in BLACKABY Frank, Hrsg., *De-Industrialisation*, Heinemann, London, 202-224.
- THOBURN John T. (1977), *Primary Commodity Exports and Economic Development. Theory, Evidence and a Study of Malaysia*, John Wiley, London et al..